Unterrichtung

Hannover, den 07.03.2023

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2020

Erwerb einer Liegenschaft durch eine Stiftungshochschule gegen das Votum des Fachministeriums

Beschluss des Landtages vom 22.09.2022 - Drs. 18/11763 Nr. 30 - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt zur Kenntnis, dass die Tierärztliche Hochschule Hannover gegen das Votum des Fachministeriums eine Liegenschaft erwarb, obwohl zum Zeitpunkt des Kaufs weder ein anerkannter Bedarf noch eine dauerhaft gesicherte Finanzierung der Folgekosten gegeben war. Außerdem nimmt er die Auffassung des Landesrechnungshofs zur Kenntnis, dass dem Land durch den Ankauf einer Liegenschaft durch Stiftungshochschulen zusätzliche finanzielle Belastungen entstehen könnten.

Der Ausschuss ersucht die Landesregierung, die Einbringung eines Gesetzesentwurfs zu prüfen, der ein Zustimmungserfordernis des Fachministeriums für Beschlüsse des Stiftungsrats von Stiftungshochschulen vorsieht, die finanzielle Belastungen für das Land nach sich ziehen können.

Darüber hinaus ersucht der Ausschuss die Landesregierung, zu veranlassen, dass Stiftungshochschulen dem zuständigen Stiftungsrat sowie dem Fachministerium künftig vor einer abschließenden Entscheidung im Stiftungsrat über den Erwerb einer Liegenschaft einen belastbaren Bedarfsnachweis sowie ein tragfähiges Finanzierungskonzept vorlegen.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 02.03.2023

Zu 1:

Die Landesregierung hat die Einbringung eines Gesetzesentwurfs, der ein Zustimmungserfordernis des Fachministeriums für Beschlüsse des Stiftungsrats von Stiftungshochschulen vorsieht, die finanzielle Belastungen für das Land nach sich ziehen können, eingehend geprüft. Im Ergebnis hält die Landesregierung eine entsprechende Änderung der hochschulrechtlichen Normen weder für sinnvoll noch für erforderlich.

Nach Auffassung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur ist zunächst fraglich, ob der zur Prüfung Anlass gebende Erwerb der Liegenschaft seitens der Tierärztlichen Hochschule Hannover den Landeshaushalt überhaupt belasten könnte. Grundsätzlich hat die Stiftung die durch ihren Beschluss entstehenden Folgekosten zu tragen. Die Entscheidung über zusätzliche Mittel für Hochschulen trifft das Land in eigener Verantwortung. Sie sind mit einem Beschluss wie vorliegend des Stiftungsrats in keiner Weise präjudiziert. Einer Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) bedarf es bereits aus diesem Grunde nicht. Freiheit und Verantwortung der Stiftungshochschulen stehen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander.

Ungeachtet dessen wäre die Aufnahme eines Zustimmungsvorbehalts des Fachministeriums für Beschlüsse des Stiftungsrats, bei denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie finanzielle Belastungen für das Land nach sich ziehen können, zwar grundsätzlich rechtlich möglich. Jedoch würde eine solche Änderung des Hochschulgesetzes die Freiheiten der Stiftungshochschulen in unverhältnismäßiger Weise einschränken und wäre daher nicht mit der Zielrichtung des Stiftungsmodells zu vereinbaren. Allein die Möglichkeit, dass sich das Land durch Erhöhung der Finanzhilfe an finanziellen Folgekosten von Stiftungsratsbeschlüssen beteiligen könnte, reicht aus Sicht der Landesregierung nicht aus, um die bestehenden Freiheiten der Stiftungshochschulen einzuschränken. Kernziel

der Stiftung ist nach § 55 Abs. 2 NHG, durch eigenverantwortlichen und effizienten Einsatz der ihr überlassenen Mittel die Qualität von Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung an der Hochschule zu steigern. Das Stiftungsmodell ist erfolgreich evaluiert. Die Stiftungshochschulen gehen grundsätzlich verantwortungsvoll mit dem ihnen vom Gesetzgeber bewusst übertragenen eigenverantwortlichen, effizienten Mitteleinsatz um.

Im Übrigen hatte sich bereits der Gesetzgeber von 2003 konkret auch mit dieser Frage befasst und sich bewusst dagegen entschieden (s. Regierungsentwurf Drs. 14/2541, S. 100). Auch wäre aus Sicht der Landesregierung ein Zustimmungsvorbehalt wie vorgeschlagen rechtlich zu unbestimmt und damit nicht verfassungskonform, weil nahezu jede - insbesondere strategische - Entscheidung des Stiftungsrates zumindest theoretisch langfristig wirtschaftliche Auswirkungen mit Konsequenzen auch für die landesseitige Finanzhilfe haben kann, die aber nicht kalkulier- oder auch nur absehbar sind.

Eine Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes wird daher nicht angestrebt.

Zu 2:

Die Stiftungsräte bzw. Stiftungsausschüsse der niedersächsischen Stiftungshochschulen wurden über die Bitte des Landtages unterrichtet und gebeten, dass dem Stiftungsrat/-ausschuss sowie dem Fachministerium künftig vor einer abschließenden Entscheidung im Stiftungsrat/-ausschuss über den Erwerb einer Liegenschaft ein belastbarer Bedarfsnachweis sowie ein tragfähiges Finanzierungskonzept vorgelegt wird.

(Verteilt am 09.03.2023)